Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 24. Berlin, Mittwoch, 25. März 1908. Vierzigster Jahrgang.

Werbt Abonnenten für den „Gewerkverein"!

Inhalts-Verzeichnis.

Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für 1907. — Sozialdemokratische Unduldsamkeit. — Die Lage der Eisenbahner vor dem preußischen Abgeordnetenhause. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

□ Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für 1907.

II.

Der Vertreter am Reichsversicherungsamte ist nicht nur beauftragt, diesen zahlenmäßig dargelegten Verkehr nach Schema F zu erledigen; er soll auch aus seinen Erfahrungen Schlüsse ziehen und diese durch die Presse weiteren Kollegenkreisen zugänglich machen. Und so weit es im beschränkten Rahmen eines Zeitungsaufsatzes möglich ist, muß das auch hier geschehen. Nachfolgendes möchten wir an die Spitze stellen: In dreizehn Fällen haben wir im letzten Halbjahr von vornherein die Vertretung des Rechtsmittels oder seine Anhängigmachung abgelehnt, weil uns die in Frage kommenden Sachen aussichtslos erschienen. Bereits in Nr. 56 des „Gewerkverein" vom 17. Juli 1907 verwiesen wir darauf, daß zu viele von vornherein aussichtslose Klagesachen anhängig gemacht werden. Es gibt in der Rentenbewilligung gewisse durch Gesetz und Spruchpraxis festgelegte Grenzen, die auch das wohlwollendste Gericht nicht überschreiten darf. Auf 100 rekursfähige Schiedsgerichtsurteile entfallen, wie wir schon damals nachwiesen, 28,73 tatsächlich eingelegte Rekurse. Davon erheben aber die Arbeiter 22,26 Prozent, die Berufsgenossenschaften nur 6,47 Prozent. Umgekehrt aber sind die Ziffern, wenn man die erzielten Erfolge betrachtet. Die Arbeiter gewannen im Durchschnitt nur bei 18,4 Prozent ihrer Rekurse, die Berufsgenossenschaften bei 52,4 Prozent. Die Arbeiter legen also nahezu dreimal so viel Rekurse ein, haben aber nur ein Drittel so viel Erfolg, wie die Berufsgenossenschaften. Das gibt zu denken. Man kann nicht annehmen, daß das Reichsversicherungsamt böswillig zu ungunsten der Arbeiter entscheidet. Wir wissen aus praktischer Erfahrung, daß das nicht der Fall ist, obwohl wir auch genau wissen und hier schon öfter darlegten, daß nicht jedes Urteil der Weisheit höchster Schluß ist.

Es bleibt also nur die Annahme, daß die Berufsgenossenschaften ihre Rekurse besser begründen als die Arbeiter, bezw. nur dann Rekurs einlegen, wenn sie durchschlagende Gründe haben. Sie können das eher, weil ihnen mehr Hilfsmittel zur Verfügung stehen, um Beweismaterial herbeizuschaffen, besonders in Form ärztlicher Gutachten. Aber selbst wenn man das alles reichlich mit in Rechnung setzt, darf man sagen und muß es tun, daß auf Arbeiterseite eine ganze Menge Rekurse eingelegt werden, die von vornherein zwecklos sind. Seit Beginn der Unfallversicherung zeigt die Zahl der eingelegten Rekurse alljährlich eine rapide Steigerung, die sich in nachstehenden Zahlen ausprägt. Es wurden Rekurse eingelegt:

1897	10 343
1898	11 183
1899	11 425
1900	11 100
1901	12 691
1902	14 338
1903	15 904
1904	16 733
1905	17 673
1906	19 940

Das Reich trägt an Kosten für das Reichsversicherungsamt jährlich über zwei Millionen Mark.

Welche Gefahren diese rapide Steigerung der Rekurse mit sich bringt, sagten wir schon in Nr. 56 1907 des „Gewerkverein". Die erheblichste Gefahr ist aber, daß den Arbeitern das Rekursrecht gegen die Schiedsgerichtsurteile genommen wird und statt dessen bei der bevorstehenden Umänderung der Gesetze nur das fast wertlose Recht der Revision eingetauscht wird. Die Berufsgenossenschaften sind geradezu Feuer und Flamme für diesen Rückschritt. Man begründet das so: In fast drei Viertel aller Fälle werden die Rekurse zurückgewiesen und bleibt es bei den Urteilen der Schiedsgerichte. Alle die Arbeit, die darauf im Reichsversicherungsamt verwendet wird, ist nutzlos und kostet unnötig Geld.

Von anderer Seite ist der Vorschlag gemacht worden, die Einlegung eines Rekurses von der Zahlung eines Kostenvorschusses abhängig zu machen, der zugunsten der Reichskasse verfällt, wenn dem Rechtsmittel nicht stattgegeben wird. Eine ganze Reihe anderer Pläne werden eifrig erörtert. All dem kann nur begegnet werden, wenn die Arbeiter aus sich heraus, von dem Rechte der Rekurseinlegung einen erheblich sparsameren Gebrauch machen als bisher. Deshalb müssen auch wir, entsprechend der Praxis, die bei dem sozialdemokratischen Zentralarbeitersekretariat seit Jahren herrscht, in aussichtslosen Fällen die Vertretung klipp und klar ablehnen. Wir erhoffen davon eine erzieherische Wirkung. Vor allem die Kollegen im Lande, die Auskunft erteilen, sollen uns in derselben Weise unterstützen. Nur dann ist es möglich, das Rekursrecht für wirklich gut begründete Sachen zu retten.

Noch in einer weiteren Sache muß die Kritik sich mit dem Verhalten einzelner Arbeiter beschäftigen. Wohlgemerkt, einzelner, denn glücklicherweise sind es nur wenige Arbeiter, auf die das Nachstehende zutrifft. Es gibt noch immer einzelne, die es mit der Wahrheit nicht allzu genau nehmen, wenn sie Angaben machen über Unfallfolgen oder die Art des Hergangs eines Unfalles. In der Regel merkt man das ja bald, aber nicht immer. Folgender Fall mag das illustrieren: Ein Kollege, der früher in Südwestdeutschland war, verzog nach Sachsen. Von der ihm gewährten Rente versuchte die Berufsgenossenschaft einen Abzug zu machen. Da die dagegen eingelegte Berufung am Schiedsgericht in Wiesbaden verhandelt wurde, baten wir die gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle in Frankfurt am Main, die Vertretung zu übernehmen. Einige Tage nach dem Termin berichtete uns darüber der Leiter der dortigen Auskunftsstelle wie folgt:

„Wir waren nicht in der Lage, für W. aufzutreten, da er sich seine Sache selbst dadurch hoffnungslos gemacht hat, daß er den Dr. F. über den Grad seiner Beschränkung im Sehvermögen zu täuschen versuchte und dabei gehörig hereingefallen ist. So gab er an, auf dem verletzten Auge nichts zu sehen, worauf ihm eine Brille aufgesetzt wurde, die das gesunde Auge ganz abblendete, wovon er nichts wußte und meinte, er sehe mit dem gesunden Auge, wobei sich laut Gutachten ein Fünftel bis ein Sechstel der normalen Sehschärfe auch bei dem verletzten Auge herausstellte.

Um ganz sicher zu gehen, machte Herr Dr. F. noch andere Proben in dieser Hinsicht, wobei sich derselbe Sachverhalt herausstellte, daß W. simulierte. Natürlich macht dergleichen beim Schiedsgericht den denkbar schlechtesten Eindruck, und die Sache ist von vornherein verloren".

Bei solchen Vorgängen sind wir natürlich die Hereingefallenen. Wir lehnen glatt jede Weiterverfolgung in einer höheren Instanz ab, wenn die Verletzten uns gegenüber in der Vorinstanz unwahre Angaben gemacht haben. Peinliche Wahrheit führt auch bei der Verfechtung von Unfallansprüchen am weitesten.

Die Berufsgenossenschaften sind nach wie vor die Schmerzenskinder in der Arbeiterversicherung. Eine derselben, deren Namen wir vorerst noch verschweigen wollen, hat bei Rekursen, die gegen sie schweben, die üble Angewohnheit, in allgemeinen, beweislosen Behauptungen jeden Verletzten als Simulanten und Schwindler zu bezeichnen. Gewiß kommen vereinzelt Schwindeleien vor, und wo sie tatsächlich vorkommen, sind wir bereit, sie energisch mit zu bekämpfen. Es liegt nicht zum wenigsten im Interesse der Arbeiter, daß schwindelhafte Renteuanträge abgewiesen werden. Aber wir protestieren energisch dagegen, daß harmlose Verletzte ohne die Spur eines Beweises, durch allerlei unklare Andeutungen als Schwindler bezeichnet werden. Solche schwerwiegenden Beschuldigungen dürfen nur auf Grund lückenlosen Beweismaterials vorgetragen werden. Wo dieses nicht vorhanden, ist es einfache Anstandspflicht, auf die auch der verletzte Arbeiter ein Recht hat, leere Behauptungen zu unterlassen.

Sozialdemokratische Unduldsamkeit.

Der deutsche Arbeitgeberverband im Malergewerbe, der alle einzelnen Verbände dieser Branche zusammenfaßt, beabsichtigt nach dem Beispiel des deutschen Buchdruckertarifs einen einheitlichen Tarifvertrag mit den Gehilfenorganisationen zu vereinbaren. Am letzten Sonnabend fand daher in Mannheim eine vom Arbeitgeberverband einberufene gemeinschaftliche Sitzung der Delegierten des Arbeitgeberverbandes mit den Delegierten des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Maler, der christlichen Gewerkschaft der Maler und unseres Gewerkvereins der graphischen Berufe, Maler und Lackierer statt. Auch ein „Gelber" war erschienen. Bezüglich der „Gelben" erklärte unser Vertreter, daß natürlich nur solche Organisationen bei einem Tarifabschluß mitwirken könnten, die bereit seien, für die Durchführung des Tarifs, wenn nötig, auch in den Streik einzutreten. Der „Gelbe" redete um diese Frage herum und war auch sonst so wenig klar, daß ihm der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Malermeister Kruse-Berlin, zu verstehen gab, auf die Mitwirkung zu verzichten, worauf der „Gelbe", der diesen Wink verstand, seine Sachen packte und fortging.

Die Sozialdemokraten vom Zentralverband wollten aber die Sache ganz allein machen und verlangten, daß die Gewerkvereiner und die Christlichen von der Beratung ausgeschlossen würden. Ganz besonders gegen die Gewerkvereiner richtete sich der Haß der „Zielbewußten". Unser Vertreter blieb den Fanatikern die Antwort nicht schuldig. Um nur ein Beispiel von der gehässigen Kampfesweise der Sozi zu geben, sei folgender Vorgang erwähnt: Unser Kollege hatte als das anzustrebende Ziel die Schaffung eines einheitlichen deutschen Tarifes bezeichnet; die örtliche Verschiedenheit könne dann wie beim Buchdruckertarif durch lokale Lohnzuschläge ausgeglichen werden. Ein solcher Tarif sei nach gründlicher Beratung in der Organisation durch die Delegierten zu beschließen. Diesen Standpunkt nannte ein „Zielbewußter" in maßlos gehässiger Rede reaktionär. Eine merkwürdige Auffassung. Als ob der deutsche Buchdruckertarif nicht die vollkommenste Art eines Tarifvertrages darstellte! Wie herzlich froh könnten wir Arbeiter sein, wenn es möglich wäre, für alle Berufe, die sich dazu eignen, einen ähnlichen Tarifvertrag zustande zu bringen!

Echt zünftlerisch war der „sachliche" Einwand der „Modernen" gegen die Beteiligung des Gewerkvereins. Die Modernen meinten, der Gewerkverein der Maler habe seine Mitglieder aus dem Malerberuf hauptsächlich in größeren Fabrikbetrieben und Staatswerkstätten beschäftigt, und nicht bei Malermeistern. Ganz abgesehen davon, daß diese Behaup-

tung falsch ist, dürfte am allerwenigsten ein „Klassenkämpfer“ solchen Einwand erheben, denn kein Malergehilfe hat eine ewige Stellung. Wer heute noch in einem Fabrikbetriebe oder in einer Staatswerkstätte beschäftigt ist, kann schon morgen Arbeit beim Meister nehmen müssen oder umgekehrt, wer heute beim Meister ist, kann schon morgen genötigt sein, Fabrikmaler zu werden.

Der Vertreter der Christlichen stellte sich auf die Seite der Gewerkvereine. Trotz vielstündiger Verhandlungen kam es zu keiner Einigung. Der Vorsitzende erklärte, daß im Tarif nur gesagt werde: unter Mitwirkung aller drei Organisationen. Darauf verließen die „Zielbewußten“ den Saal.

Die vom Arbeitgeber-Verband gemachte Vorlage wurde durch die Anträge der Christlichen und der Gewerkvereiner mehrfach verbessert. Auf Antrag der Vertreter dieser beiden Organisationen wurde beschlossen, auch dem Zentralverband die ursprüngliche Vorlage zur Rückäußerung an Hand zu geben. Das soll geschehen. Es wurde zum Schluß von neuem durch den Vorsitzenden erklärt, daß die Verhandlungen mit dem Zentralverband nur dann wieder aufgenommen würden, wenn dieser sich zur gemeinschaftlichen Beratung mit den Vertretern der christlichen und unserer Organisation bereit fände. Wenn es in diesem Frühjahr im Malergewerbe zu Kämpfen kommt, um Zugeständnisse zu erlangen, die ohne Kampf durch friedlichen Vertrag erreichbar gewesen wären, dann mögen sich die Malergehilfen bei den Sozialdemokraten dafür bedanken. Ihr fanatischer Haß gegen andersdenkende Arbeiter gefährdet das Zustandekommen eines großen, friedlichen Werkes in hohem Maße. Schon mit Rücksicht auf die Konjunktur hätte man auf jener Seite ein besseres Verständnis für die Lage der Arbeiter erwarten sollen. Aber der Haß macht blind!

Die Lage der Eisenbahner vor dem preußischen Abgeordnetenhause.

Fortsetzung der Rede des Verbandsvorsitzenden, Abgeordneten Karl Goldschmidt.

Die Eisenbahnverwaltung wird aber zu prüfen haben, ob denn die Anfangs- und Tagelöhne wirklich noch den heutigen Verhältnissen entsprechen. Mir ist z. B. von zahlreichen Arbeitern der preußischen Staatseisenbahn, die in Leipzig stationiert sind, geschildert worden, wie unzureichend die Löhne sind, die der Akkordarbeit zugrunde liegen. Da wird z. B. gesagt, daß in der Großstadt Leipzig mit ihren überaus hohen Miets- und Lebensmittelpreisen, Steuerabgaben usw. der ortsübliche Tagelohn, der mit Rücksicht auf die Krankenversicherung vorgeschrieben wird, auf den Betrag von 3,50 Mk. angesetzt sei, daß aber die Eisenbahnverwaltung ihre Arbeiter in dieser Stadt nur 2,90 Mk. Tagelohn verdienen läßt.

(Hört, hört! bei den Freisinnigen)

Das verstehen die Arbeiter nicht. Es ist ihnen nicht klar, wenn behördlich der Mindestlohn an einem Ort auf 3,50 Mk. festgesetzt wird, daß die Arbeiter eines Staatsbetriebes nur 2,90 Mk. erhalten. Danach richtet sich doch auch der Akkordverdienst.

Der Arbeiter, der mit 2,90 Mk. anfängt, erhält, periodisch aufrückend, 10 Pfg. Zulage. Es kommen auch mal wieder Ruhepausen von Jahren, in denen es gar keine Zulagen gibt, und so dauert es 18, 19 Jahre, ehe der ortsübliche Tagelohn von 3,50 Mk. im Eisenbahnbetriebe von den Arbeitern verdient wird. Denken sie sich, es wird von Amts wegen ein Minimallohn von 3,50 Mk. festgesetzt, und die Arbeiter im Eisenbahnbetriebe müssen 18, 19 Jahre arbeiten, ehe sie diesen amtlichen Minimallohn erhalten.

Das sind doch Zustände, die nicht gebilligt werden können, und die vielfach große Not in den Familien zur Folge haben. Wir haben ja mit Recht die Kinderarbeit verboten; Kinder sollen ihre Jugendzeit dazu benutzen, sich körperlich und geistig auszubilden. Wir haben von Gesetzes wegen verlangt und durchgeführt, daß Kinder nicht in den harten Dienst der Arbeit gestellt werden. Aber das weiß man natürlich auch, daß nun eine ganze Anzahl von Familien, die auf die Kinderarbeit mit angewiesen waren, in ihren Einkommensverhältnissen geschmälert werden. Wie es möglich ist, daß Leute, die in einer großen Stadt einen Verdienst von 2,90 Mk. haben, die eine Familie haben — es ist mir mitgeteilt worden, daß es sich zum Teil um Familien handelt, die 5, 8, 9 und 10 Köpfe zählen — überhaupt leben können, wie es möglich ist, daß sie von einem Tage zum anderen sich durchzubringen vermögen, das möchte ich fragen. Ich möchte sagen, eine Frau, die das kann, die mit einem so kleinen Gelde eine ganze Familie zu erhalten vermag, ist in hohem Maße zu bewundern. Aber wie das gemacht wird, wieviel Not und Elend da ist, wie oft durch diese Not Zerrüttung in die ehelichen Verhältnisse hineingetragen wird, wie Vorwürfe hüben und drüben einander folgen, das weiß jeder, der in die Familien hineinsieht, die auf ein so kleines Einkommen angewiesen sind. Da halte ich es für eine Pflicht der Eisenbahnverwaltung, doch einmal gründlich diese Tagelöhne zu revidieren und etwas Geld dafür aufzuwenden. Wir haben es ja auch. Wer da sagt, daß bei solchem Ueberschuß, wie ihn die Eisenbahnverwaltung erzielt, die billigen Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigt werden können, der tut ein Unrecht. Das wissen wir ja sehr wohl — und es ist immer darüber geklagt worden —, daß von dem Herrn Eisenbahnminister sehr vieles verlangt wird, daß er eigentlich das große Portemonnaie für unseren ganzen Staatshaushalt hat. Aber das sollte er doch nur solange zugeben, als die wichtigsten und berechtigten Wünsche der von ihm beschäftigten Arbeiter und unteren Beamten Berücksichtigung erfahren.

Gerade über die Löhne sind mir eine große Reihe von Klagen zugegangen. In Wittenberge z. B. beträgt der Durchschnittsverdienst 38 Pfg. pro Stunde bei neunstündiger Arbeit; er beträgt in Neumünster 44 Pfg., und er wird wahrscheinlich in Harburg auch 44 Pfg. betragen. Die Verhältnisse in diesen drei Betriebsgebieten sind nicht so sehr verschieden. Die Arbeiter werden dort gewiß mit 44 Pfg. kein ausreichendes Leben führen können. Aber wenn man bedenkt, daß in Wittenberge nun gar nur 38 Pfg. gezahlt werden, dann wird man wiederum sagen: solche niedrigen Durchschnittssätze sind nicht aufrecht zu erhalten. Und, meine Herren, wenn man dann erst in den Osten des Vaterlandes kommt, wenn man in die Direktionsbezirke Posen, Bromberg usw. kommt und dort die Tagelöhne sieht, dann kann man doch eigentlich aus dem Staunen, daß es möglich, damit zu leben, nicht herauskommen. Meine Herren, es kommt ja auch oft vor, weil es uns heute in den Eisenbahnbetrieben an einer feststehenden steigenden Lohnskala fehlt, daß die Arbeiter, die lange, lange Jahre gearbeitet haben, nachher auf den absteigenden Ast kommen und dann immer weniger verdienen. Das ist auch ein Zustand, der in einer staatlichen Verwaltung sehr unangenehm wirkt. — Der Herr Minister scheint mit seinen Herren Räten meine Behauptungen bezweifeln zu wollen. Ich möchte ihn darauf hinweisen, daß, wenn auch der Lohn steigt, doch der Akkordverdienst fällt; denn die alten Leute, die nicht mehr in vollem Maße ihre physischen und geistigen Kräfte so anstrengen können wie in ihrer Jugend, verdienen dann weniger. Es ist mir hier z. B. von den Güterbodenarbeitern aus Frankfurt a. M. mitgeteilt worden, daß die jüngeren Leute, die im Winter aushilfsweise auf den Güterböden beschäftigt werden, Löhne beziehen, die erheblich höher sind als die Löhne, die von Arbeitern verdient werden, die alt sind und länger im Dienste stehen. Es wird hier als Beispiel angeführt: ein Arbeiter, der eine vierzigjährige Dienstzeit zurückgelegt hat und erfreulicherweise noch im Vollbesitz seiner körperlichen Kraft ist, erhielt im Oktober einen Lohn von 117,80 Mk. Desgleichen erhielt ein anderer Arbeiter, welcher ein Jahr im Dienste der Verwaltung steht, einen Lohn von 93,20 Mk., zu welchem eine Prämie im Betrage von 47,80 Mk. hinzukam, so daß der jugendliche Arbeiter einen Gesamtverdienst von 141 Mk. erhielt, während der ältere Arbeiter nur 117,80 Mk. verdiente. Das kommt eben daher, daß die Prämien nicht an alle gleichmäßig verteilt werden. Güterbodenarbeiter sind an den Frankfurter Dienststellen insgesamt, so wird mir mitgeteilt, 220 Arbeiter beschäftigt, wovon an den Prämien 165 bis 170 teilnehmen, und die übrigen 45 bis 65 Arbeiter — die Prämie beträgt 30 bis 40 Mk. — gehen leer aus. Das gibt sehr viel böses Blut. Ueberhaupt ist jede Art von Bevorzugung zu vermeiden. Man soll alle gleichstellen, und soweit Akkordlohn in Betracht kommt, entscheidet dann das höhere Maß der Leistungsfähigkeit. Man solle die Prämien lieber abschaffen und sie auf den Gesamtlohn aller verteilen, jedenfalls aber sie nicht dem einen geben und sie dem anderen vorenthalten. Ich will hier nicht — ich bin immer ein höflicher Mensch gewesen und trage alle diese Dinge, die mir hier mitgeteilt werden, in höflicher Form vor — alles das, was in manchen Briefen steht, an Ausdrücken, Flüchen und Verwünschungen, vortragen, über die ich selber manchmal erschrecken mußte. Aber in milder Form will ich doch dem Herrn Minister sagen, daß Bevorzugungen tiefe Erbitterung und Erregung verursachen.

Meine Herren, für sämtliche nicht als Beamte angestellten und beschäftigten Personen im Eisenbahndienst wird daher eine periodisch steigende Lohnskala aufzustellen sein, die in anderer Weise funktioniert, als es jetzt der Fall ist; mal 10 Pfg. und nach einem oder nach drei Jahren wieder 10 Pf., das ist nichts; damit kann man gar nichts machen. (Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 24. März 1908.

Die Arbeitslosenversicherung, wie sie die Stadt Straßburg i. E. nach dem Genter Vorbild Ende 1906 eingeführt hat, scheint sich nach dem ersten, für das Jahr 1907 herausgegebenen Bericht sehr gut bewährt zu haben. Die Stadt Straßburg zahlt den Arbeitern, welche von einer Organisation Arbeitslosenunterstützung erhalten, im Falle der Arbeitslosigkeit einen Zuschuß von 50 pCt. der Unterstützung. Selbstverständlich werden die Arbeiterorganisationen ohne Unterschied ihrer Richtung dabei berücksichtigt. Im Jahre 1907 wurden im ganzen 153 Versicherte für 2618 Tage mit 1889 Mk. unterstützt, während die betreffenden Organisationen selbst 7726 Mk. aus eigenen Mitteln verwandten.

Das System in Straßburg unterscheidet sich in einzelnen Punkten von dem Genter System. In Straßburg wird nämlich nur an organisierte Arbeiter Zuschuß gewährt, während man in Gent auch die unorganisierten Arbeiter unterstützte, damit allerdings Fiasko machte. Neu ist in Straßburg auch die Art der Zusammenarbeit der städtischen Verwaltung mit den Organisationen. Während sonst überall, wo das Genter System eingeführt ist, die betreffende Kommune sich darauf beschränkt, den Organisationen den von ihnen liquidierten Zuschuß zu gewähren, ist in Straßburg dem städtischen Arbeitsamt eine genaue Kontrolle übertragen worden. Dabei haben sich auch nicht die geringsten Schwierigkeiten herausgestellt. Man hat eben von beiden Seiten Vertrauen entgegengebracht, so daß die in der Versicherungsordnung eingesetzte Schiedskommission auch nicht ein einziges Mal zusammenzutreten genötigt war.

Dieser Bericht der Stadt Straßburg zeigt, daß das auch von den Deutschen Gewerkvereinen befürwortete Genter System der Arbeitslosenversicherung sehr wohl durchführbar ist. Daraus aber ergibt sich wiederum für die Gemeinden die Verpflichtung, der Frage näher zu treten, wie sie durch Einführung dieses Systems den Folgen der Arbeitslosigkeit wirksam entgegentreten können.

* * *

Gegen den Arbeitskammergesetz-Entwurf hat sich auch der Deutsche Handelstag ausgesprochen, der Ende vergangener Woche in Berlin stattgefunden hat. Der Referent über diese Frage, ein Dr. Brandt-Düsseldorf, bestritt, daß die Arbeitskammern geeignet seien den sozialen Frieden zu fördern. Er ist der Meinung, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften als stärkste Gruppe in der Kammer vorherrschend würden und damit die Möglichkeit ausgeschaltet sei, daß von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam etwas Ersprießliches geschaffen würde. Auch die Belastung der Unternehmer, die allein die Kosten tragen sollen, wurde gerügt. Ferner wurde bemängelt, daß durch die Arbeitskammern die Handelskammern beeinträchtigt, wenn nicht gar lahmgelegt würden. Nichts wissen will der Referent auch von der Befugnis der Arbeitskammern, Erhebungen und dergleichen zu veranstalten. Mit Recht tadelte er es ferner, daß man die Unternehmer bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs nicht gehört habe. Zweifellos wäre es richtiger gewesen, wenn man sowohl diese, als auch die Arbeiterorganisationen nach ihrer Meinung befragt hätte. Wenn außerdem der Staat der Meinung sei, daß die Arbeitskammern so nützlich sind, weshalb will er dann für seine eigenen Betriebe die Arbeitskammern ausschließen? Namentlich in den letzten Punkten muß man dem Referenten recht geben. Wir sind jedoch der Meinung, daß diese Mängel sich sehr wohl beseitigen ließen, und bedauern es deswegen, daß eine Resolution angenommen wurde, die sich überhaupt gegen den Gesetzentwurf ausspricht. Der Deutsche Handelstag ist ein Verband der Handelskammern und anderer Interessenvertretungen von Handel und Industrie, der immerhin einen gewissen Einfluß hat. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß seine Stellungnahme von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Behandlung der Vorlage durch die Regierung ist.

* * *

Wieder ist ein alter, treuer Verbandsgenosse dahin gegangen. Im Alter von nahezu 74 Jahren ist am Sonntag der Seidenwirker

Adolf Quest

an Altersschwäche und Lungenentzündung im Krankenhause Friedrichshain zu Berlin gestorben. Er war ein Gewerkvereiner im besten Sinne des Wortes, der bei jeder Gelegenheit seinen Eifer und sein Interesse für unsere Sache an den Tag legte und in seinem Ortsverein den anderen als leuchtendes Vorbild dienen konnte. Deshalb erfreute er sich denn auch des vollen Vertrauens seines Gewerkvereins der Stuhl- (Textil-)Arbeiter, den er lange Jahre im Zentralrat vertreten hat. Wer Quest gekannt hat, wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof der Gethsemane-Gemeinde in Nordend statt.

Die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen sei den Beamten in Sachsen verboten, so berichteten wir in unserer Nr. 22 nach einer Notiz in der „Sozialen Praxis“. Dazu erhalten wir jetzt vom Sächsischen Ministerium des Innern die Mitteilung, daß diese Nachricht nicht zutrifft. Der Staatsminister Dr. Graf Hohenthal-Bergen habe in der Sitzung der 2. Kammer vom 3. d. Mts. ausdrücklich bemerkt, daß die vom Ministerium des Innern im Jahre 1905 festgestellten Grundsätze auch in Zukunft maßgebend sein würden. Diese Grundsätze gehen dahin, daß die Staatsbehörden den Konsumvereinen und Konsumanstalten gegenüber strenge Neutralität zu beobachten, eine amtliche Unterstützung derartiger Veranstaltungen, sei es in sachlicher, sei es in persönlicher Hinsicht, aber zu unterlassen haben. Der Minister fügte hinzu, er hoffe, namentlich die bessergestellten Beamten würden sich stets vergegenwärtigen, daß die Erhaltung eines lebenskräftigen Mittelstandes zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit gehöre.

* * *

Vornehme Kampfesweise. Die Konferenz des Zentralrats mit den Generalräten, die am 25. und 26. Januar in Berlin stattgefunden hat, gibt jetzt dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Gelegenheit zu einigen recht albernen Bemerkungen. Mehr als acht Wochen hat das Blatt gebraucht, um darüber nachzudenken, wie sie die Konferenz zu ihren Gunsten ausschlachten könnte. Die Tatsache, daß der Versuch so kläglich mißlungen ist, wirft wahrlich kein glänzendes Licht auf die Intelligenz seiner Redakteure. Von der Beratung eines neuen Programms auf jener

Konferenz war bekanntlich nicht die Rede. Es handelte sich nur — wie dies auch im „Gewerkverein" ausdrücklich festgestellt worden ist — um die „Beratung von Mitteln und Wegen zur praktischen Durchführung des vom Verbandstage zusammengestellten Programms". Die vorgelegten und angenommenen Leitsätze sollen nur „die Richtschnur bilden, nach der die im Programm nochmals zusammengefaßten Prinzipien der Deutschen Gewerkvereine verwirklicht" werden sollen. Die „Leitsätze bilden gewissermaßen nur die Ergänzung des Programms nach der praktischen Seite hin".

Alles das steht in dem Leitartikel unserer Nr. 8, den man auch in der Redaktion des „Korrespondenzblatt" gelesen hat; denn man beruft sich ja darauf. Trotz alledem spricht dieses Blatt von der „Annahme eines neuen Programms". Zu dieser offenbar absichtlichen Entstellung greift das Blatt nur, um sich an uns reiben zu können. Alle Anrempelungen fallen aber damit in sich zusammen. Wie schlecht aber muß es um eine Sache bestellt sein, deren Vertreter die andere Richtung nicht mit sachlichen Gründen, sondern nur mit Verdrehungen und Lügen zu bekämpfen vermögen! Selbst die von uns klar und deutlich als falsch erklärte Nachricht des „Vorwärts", daß ein Professor von den Gewerkvereinen zur Ausarbeitung eines neuen Programms aufgefordert worden sei, wird in dem Artikel ebenfalls wiederholt. „Verleumde nur immer tapfer drauf los; etwas bleibt doch haften", so sagt man sich offenbar auch in der Redaktion des „Korrespondenzblatt". Wenn schon von dieser Stelle aus derartige Mittel gegen die Gegner angewandt werden, dann braucht man sich allerdings nicht über die erbärmliche Kampfesweise der kleineren Geister zu wundern.

* * *

Arbeiterbewegung. Ein eigenartiger Streik macht jetzt viel von sich reden. Die Journalisten des deutschen Reichstages fühlen sich durch die vom Reichstagsabgeordneten Gröber gebrauchte Bezeichnung „Saubengels" mit Recht schwer beleidigt und stellten, da ihnen weder seitens dieses Herrn noch auch seitens des Reichstagspräsidiums eine ausreichende Genugtuung geboten wurde, die Arbeit ein, so daß über den Gang der Reichstagsverhandlungen nichts mehr in die Oeffentlichkeit dringt. Im Interesse der Sache ist das tief zu bedauern. Angesichts der schweren Beleidigung aber konnten die Journalisten nicht anders handeln, was ihnen auch durch überaus zahlreiche Sympathiekundgebungen aus dem In- und Auslande bestätigt worden ist. Hoffentlich gelingt es in den heutigen Verhandlungen, eine Einigung herbeizuführen. — Die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie dauern noch immer fort. In Magdeburg sind dieselben leider als gescheitert zu betrachten, da die Arbeitgeber bezüglich der Stundenlohnerhöhung nur ganz unzureichende Zugeständnisse machen wollten. Die Arbeiter selbst haben endgültige Schritte noch nicht beschlossen. Ihr weiteres Verhalten dürfte davon abhängen, wie die Verhandlungen am 25. und 26. d. Mts. in Leipzig verlaufen, wo unter dem Vorsitz des Freiherrn von Berlepsch versucht werden soll, eine Verständigung herbeizuführen für alle diejenigen Orte, wo bisher eine Einigung nicht erzielt werden konnte. — In Wiesbaden sind in der Holzindustrie Differenzen ausgebrochen. Die Mitglieder des Arbeitgeberschutzverbandes haben ihren Arbeitern gekündigt und wollen zum 1. April aussperren. Kommt der Plan zur Durchführung, so würden davon etwa 500 Holzarbeiter betroffen werden. — Mit einem Erfolge für die Arbeiter hat die Tarifbewegung der Schneider in Solingen geendigt. — Die Tarifverhandlungen im Dresdener Baugewerbe sind resultatlos verlaufen, da die Unternehmer sich weigerten von dem sogenannten Mustertarif auch nur im geringsten nachzulassen. Die Arbeiter wollen versuchen, durch Anrufung des Einigungsamtes den Kampf abzuwehren. Gelingt es nicht eine Einigung herbeizuführen, so kommt es am 1. April zu einer Aussperrung, die sich über etwa 15 000 Arbeiter erstrecken würde. — Auch in Essen sind die Tarifverhandlungen im Baugewerbe für Rheinland-Westfalen bis auf unbestimmte Zeit vertagt worden. — Die Differenzen auf dem Stahlwerk Gebrüder van der Zypen in Köln sind beendigt. Die Arbeiter haben mit Ausnahme von 2 Walzwerkmeistern die Beschäftigung bedingungslos wieder aufgenommen. Die Arbeitsniederlegung war ohne Zustimmung der Organisationsleitungen geschehen, die bei der großen Zahl der Unorganisierten nicht den genügenden Einfluß hatten ausüben können.

In Paris befinden sich seit einiger Zeit die Maurer im Streik. Infolgedessen haben die Unternehmer beschlossen, falls keine Einigung erzielt wird, eine allgemeine Aussperrung der zirka 100 000 Bauarbeiter vorzunehmen.

* * *

Kriegervereinsterrorismus. In der sozialdemokratischen „Münchener Post" wird vom Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter ein Anschreiben veröffentlicht, in dem ein Mitglied sich darüber beschwert, daß es vom Kriegerverein, dem es als ehemaliger Chinakrieger angehört, aufgefordert worden ist, entweder aus dem Verein oder aus dem Arbeiterverbande auszutreten. Da der betreffende Arbeiter die während seiner 6jährigen Mitgliedschaft erworbenen Rechte im Kriegerverein nicht aufgeben wollte, trat er aus dem Gemeindearbeiterverbande aus.

Dieser Zwang des Kriegervereins muß auf das schärfste verurteilt werden, namentlich da die Kriegervereine immer und immer wieder betonen, daß sie unpolitische Vereinigungen seien. Geglaubt wurde ihnen ja das ohnehin nicht. Der angeführte Fall liefert einen neuen Beweis für das Unberechtigte jener Behauptung. Sozialdemokratische Blätter aber haben durchaus kein Recht, sich über das Vorgehen des Kriegervereins beschwert zu fühlen. Denn nirgends sieht der Terrorismus in üppigerer Blüte als in den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Wer aber selbst im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

* * *

Die religionsfeindlichen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Namentlich in Gegenden, wo die christlichen Gewerkschaften Boden gefunden haben, sucht man die Gewerkvereinsbewegung dadurch aufzuhalten, daß man sie als religionsfeindlich hinstellt. Im Jahre 1906 hatte auch die „Westdeutsche Volkszeitung" wieder einmal eine Geschichte aus Attendorn erzählt, in der unter den gröbsten Ausdrücken dieser Vorwurf erhoben und als Beweis dafür angeführt wurde, in einer Wirtschaft hätten Gewerkvereiner zur Verhöhnung des Christentums einen „gebackenen" Nikolaus an ein Kreuz geheftet. Die betreffenden Gewerkvereinskollegen strengten die Beleidigungsklage gegen den Redakteur der genannten Zeitung an und hatten vor kurzem die Genugtuung, daß sich vor Gericht der ganze Angriff als ein unlauteres Agitationsmanöver herausstellte. Der angeklagte Redakteur wurde deshalb zu 300 Mk. Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Ob man nun aufhören wird, mit diesen Dingen gegen die Gewerkvereine krebsen zu gehen?

* * *

Parteidisziplinwidriges Singen. Im roten Königreiche scheinen die „Genossen" doch noch recht weit von dem wahrhaft sozialistischen Menschheitsideal entfernt zu sein. Sonst wäre folgender Stoßseufzer nicht möglich:

„Die Feder sträubt sich beinahe, hier eine Tatsache zu konstatieren, die für die Arbeiterschaft eigentlich recht beschämend ist; zahlreiche politisch wie gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind in bürgerlichen Gesangvereinen. Man kann dort die gesunden und kräftigen Stimmen der Arbeiter, die man sonst nicht achtet, sehr wohl gebrauchen; andernfalls hätte man ja nicht genug Sänger, und da ist der Arbeiter gut genug, auch seine Stimme in den Dienst der herrschenden Gesellschaft zu stellen. Fürwahr eine betrübende Tatsache! Mögen sich jene bürgerlichen Arbeitersänger darauf besinnen, daß sie Arbeiter sind, und in die Reihen ihrer Klassengenossen gehören. Die herrschende Klasse kann überreichlich Kunst genießen, dort, in den bürgerlichen Gesangvereinen, sind die Arbeiter doch nur geduldet und bekommen es wohl bei dieser oder jener Gelegenheit auch einmal zu schmecken, daß sie nur Arbeiter sind. In den Reihen der Arbeitergesangvereine wären sie aber Kunstpioniere, die man wohl zu schätzen und zu achten weiß! Mögen diese Zeilen für die Arbeitersänger in bürgerlichen Gesangvereinen eine ernste Mahnung sein, die sie dahin weist, wohin sie gehören: in die Arbeitergesangvereine!"

Das schreibt ein bedeutendes sozialdemokratisches Parteiblatt, die Chemnitzer „Volksstimme". Ob denn der Verfasser dieser Notiz gar kein Gefühl dafür hat, wie lächerlich er sich in den Augen aller Verständigen damit macht? Will man denn auch die Kunst in den Dienst der politischen Parteien stellen? Fürwahr, der Parteifanatismus muß jemand schon den letzten Rest von Vernunft genommen haben, der einen derartigen Unsinn fertig bringen kann.

* * *

Ortskrankenkassen-Vertreterwahl in Chemnitz. Am 4. März fanden die Neuwahlen der Vertreter zur gemeinsamen Ortskrankenkasse statt, da bekanntlich die Novemberwahlen von der Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt worden waren. Gewählt wurde dieses Mal in 10 Lokalen, während im November ein Lokal für ausreichend erachtet worden war. Die Wahl selbst verlief ziemlich ruhig und stach in dieser Beziehung vorteilhaft von der ersten ab. Das Resultat brachte für beide Parteien eine kleine Enttäuschung; denn es wurde allgemein nach dem vorhergegangenen Wahlkampf eine viel stärkere Beteiligung erwartet. Namentlich unser Gegner, das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell, hatte darauf gerechnet, auf seine Liste mindestens 20 000 Stimmen zu vereinigen. Die „Genossen" mußten sich aber mit rund 12 700 Stimmen zufrieden geben. Obgleich wir uns trotz der skandalösen Vorkommnisse in der Kasse von vornherein keinen großen Illusionen hingaben, so bekam unsere Liste doch rund 3200 Stimmen, also über 1000 Stimmen mehr als im November. Es ist dies, wenn man die Art, wie von dem Gewerkschaftskartell gegen uns der Wahlkampf geführt wurde, in Betracht zieht, ein guter Erfolg der vereinigten nationalen Organisationen, der dazu führte, daß eine Kommission gewählt wurde, um die Vorarbeiten für einen dauernden und festen Zusammenschluß aller nationalen Organisationen in Chemnitz in die Hand zu nehmen. Natürlich ist dieses Vorgehen der „Nationalen" nicht nach dem Geschmack unserer Gegner. Glaubten dieselben doch, uns schon vor der Wahl durch ihre aller Beschreibung spottenden Flugblätter vollständig vernichtet zu haben, und nun dieses Resultat und dieser Beschluß!

Angesichts der letzten Vorgänge in der Ortskrankenkasse braucht man sich darüber allerdings nicht allzu sehr zu wundern. Die Amtsentbehung des Vorsitzenden Hauschild und des Schriftführers Landgraf durch die Aufsichtsbehörde hat denn doch ein zu deutliches Licht auf die Geschäftsführung der Kasse geworfen. Da helfen keine Beschönigungen und Verdrehungen der Tatsachen mehr. Jeder rechtlich denkende Mensch muß das Geschäftsgebaren des Vorstandes auf das schärfste verurteilen. K. R.

* * *

Anschaffenswerte Bücher für Arbeitersekretariate usw. Die in der Bücherliste in unserer Nr. 7 aufgeführten Preise bedürfen einer Berichtigung, da verschiedene der Bücher in neuer und vergrößerter Auflage erschienen sind. Das Verzeichnis muß folgendermaßen lauten:

Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich	6,50	Mk.
Zivilprozeßordnung	6,—	„
Verfassung des Deutschen Reiches	2,40	„
Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich	1,50	„
Handelsgesetzbuch	3,—	„
Gewerbeordnung	3,—	„
Gesetz betr. den Unterstützungswohnsitz	3,—	„
Strafprozeßordnung	2,—	„
Krankenversicherungsgesetz	3,—	„
Gewerbeunfallversicherungsgesetz	2,50	„
Bauunfallversicherungsgesetz	2,—	„
Unfallversicherungsgesetz f. Land- u. Forstwirtschaft	4,50	„
Invalidenversicherungsgesetz	4,—	„
Genossenschaftsgesetz	1,50	„
Gewerbegerichtsgesetz	2,20	„
Vereins- und Versammlungsrecht	2,50	„
Gesetz betr. die Abzahlungsgeschäfte	1,20	„
Vormundschaftsrecht und Fürsorgeerziehung	3,—	„
Preßgesetz	1,50	„
Gesetz betr. die Lohnbeschlagnahme	2,—	„
Das Recht der unehelichen Kinder	1,80	„
Gesetz betr. Kinderarbeit in Gewerbebetrieben	1,60	„
Haftpflichtgesetz	3,—	„
Kaufmannsgerichtsgesetz	2,—	„
Einkommensteuergesetz (Preußen)	3,—	„
Berggesetz (nur wo Bergbau ist, Preußen)	5,—	„
Preußische Gesindeordnung, 2 Bände (Preußen)	5,—	„

* * *

Unter den wissenschaftlichen **Vorlesungen zum Studium des Alkoholismus,** welche der Zentralverband z. B. d. A. (Berlin) wiederum in der Osterwoche dieses Jahres veranstaltet, finden wir einige Vorträge, welche unsere Leser ganz besonders interessieren dürften. Das sind: „Die Bedeutung der Alkoholfrage für die Arbeiterschaft", Gewerbeinspektor Dr. Bender-Berlin. Donnerstag, den 23. April, abends 9—10. — „Physiologische Wirkungen des Alkohols", Reg.-Rat Rost vom Kaiserl. Gesundheitsamte, Berlin. Dienstag, den 21. April, vormittags 10—11. — „Alkohol und Geschlechtskrankheiten", Dr med. Wolf-Schöneberg. Mittwoch, den 22. April, abends 8—10. — „Kriminalität und Alkohol", Generalsekretär Gonser-Berlin. Freitag, den 24. April, vormittags 11—12. — „Volkswohlfahrt und Alkoholismus", Ob.-Med.-Rat Prof. Dr. Gruber-München. Sonnabend, den 25. April, vormittags 10—12. — An den Nachmittagen werden auch diesmal sachkundige Führungen durch sozial-hygienische Einrichtungen Berlins stattfinden. Die Eintrittskarte für den Gesamtkursus kostet 5 Mk., für die Einzelstunde 50 Pfg., für die Doppelstunde 75 Pfg. Arbeiter erhalten gegen Vorzeigung ihrer Invalidenkarte Freikarten. Anfragen rc. sind an die Geschäftsstelle des Zentralverbandes zu Händen von Frau Gerken-Leitgebel, Berlin-Friedenau, Rubensstraße 37, zu richten.

* * *

Verein für Volksunterhaltungen. Die 370. Veranstaltung, die letzte in dieser Saison, findet am Sonntag, 29. März, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der Kgl. Hochschule für Musik, Charlottenburg, statt. Es werden mitwirken: Der Gesangverein Harmonie, unter Leitung des Herrn A. Barth, Frau Helene Lieban (Sologesang), Herr Julius Lieban, Königlicher Sänger (Lieder und Duette), Fräulein Elsa Santen-Wiesbaden (Reuter-Rezitation).

Gewerkvereins-Teil.

§ Berlin. Die Berliner Handelshilfsarbeiter-Vereinigung beschäftigte sich in ihrer Versammlung am 11. d. Mts. mit der Frage des Vertrauensmännersystems. Kollege Bleicher behandelte den Gegenstand auf Grund praktischer Erfahrung in einem ausführlichen Vortrage. Er wies auf die verschiedenen Aufgaben hin, die es für den Vertrauensmann zu erledigen gelte, und skizzierte im einzelnen die Vorteile, die in der praktischen Agitation mit

Hilfe eines guten Vertrauensmännerapparates zu erzielen seien. Aus allen diesen Gesichtspunkten empfehle sich die Einführung des genannten Systems. Die nun folgende Diskussion unterschied vorerst zwischen Betriebs- und Bezirksvertrauensmännern und wandte sich hauptsächlich letzterer Einteilung zu als für uns vorerst in Betracht kommend. Die Kollegen Blankenfeldt, Wickert und Hoffmann erklärten sich aus den von dem Referenten vorgetragenen Gründen und aus eigener Ueberzeugung für die Einführung, welche dann auch von der Versammlung einstimmig beschlossen wurde. Der Vorsitzende wies nunmehr darauf hin, daß die praktische Agitation der Gewerkvereinsbildung resp. Ausbreitung neues Material erfordert habe, welches nun vorliege. Zwecks Nutzbarmachung seien aber einige ergänzende Aenderungen der Organisation notwendig, so vor allem die Schaffung einer Zentralstelle. In der sich anschließenden Diskussion wurde beantragt, den Namen der Vereinigung in „Deutsche Handelshilfsarbeiter-Vereinigung" umzuändern und als Zentralstelle für die weiteren agitatorischen und organisatorischen Arbeiten ein Provisorium zu bilden. Beide Anträge wurden angenommen und wurden in die Zentralstelle folgende Kollegen gewählt: Hilbert Vorsitzender, Schulz Kassierer, Blankenfeldt Schriftführer. Unter Verschiedenem wurde mitgeteilt, daß sich der Arbeitsnachweis von Ende dieses Monats ab in eigenen Räumen unter ständiger Leitung eines Angestellten befindet, und werden die Kollegen ersucht, sich im gegebenen Falle in dem Nachweis aufzuhalten. Einen großen Raum in der Diskussion nahmen Ausführungen ein, die sich mit dem Neutralitätsstandpunkt befaßten und den Wunsch auslösten, für eine folgende Versammlung einen sich mit dieser Frage beschäftigenden Redner zu gewinnen. Nach dem Hinweis, die von Verbandsseite getroffenen Veranstaltungen rege zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung. H.

§ **Cottbus.** In unserer Ortsverbandsversammlung am 5. März hielt der Verbandsredakteur, Kollege Leonor Lewin-Berlin, einen Vortrag über: „Ursachen und Wirkungen der Zersplitterung in der heutigen Arbeiterbewegung". Nachdem der Redner einleitend einen Rückblick geworfen hatte auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die gegenwärtige Wirtschaftslage kurz gestreift hatte, wies er nach, wie notwendig es ist, daß neben der Staatshilfe die Arbeiter vor allen Dingen aus der Selbsthilfe durch Zusammenschluß in starken Organisationen Nutzen ziehen müßten. Man sollte annehmen, daß, ebenso wie die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer sich auf neutralem Boden vereinigen würden, wie es die Deutschen Gewerkvereine auch wollen. Leider ist dieses nicht der Fall. Von der einen Seite, den sogenannten „freien" Gewerkschaften, sind politische Momente, von den Christlichen religiöse Momente in die Arbeiterbewegung hineingetragen worden, was notwendig zur Zersplitterung der Kräfte führen mußte. Gegenseitige Kämpfe tragen das übrige dazu bei, die Stoßkraft der Arbeiterbewegung zu schwächen. Die Folge davon ist, daß viele Indifferente der Organisation fernbleiben, daß gelbe Gewerkschaften entstanden sind und die Unternehmer sich zu immer stärkeren Verbänden zusammengeschlossen haben. Hoffentlich trägt diese Entwicklung dazu bei, daß auch in der Arbeiterschaft die Erkenntnis weiter um sich greift, daß man sich ohne Rücksicht auf das religiöse und politische Glaubensbekenntnis fest zusammenschließen muß in einer Organisation, wie es die Deutschen Gewerkvereine sind. Sie zu stärken, müssen namentlich die Mitglieder zu jeder Zeit bemüht sein. Nicht immer wird in dieser Beziehung überall das Nötige geleistet. Redner wandte sich deshalb mit einem lebhaften Appell an das Pflichtgefühl der Anwesenden, die er zu eifriger Agitationsarbeit anspornte und aufforderte, auch die Fehlenden bei jeder Gelegenheit an die Pflichten zu erinnern, die sie mit der Zugehörigkeit zur Organisation übernommen haben. Nur wenn jedes einzelne Mitglied seine Schuldigkeit tut, kann es gelingen, den Deutschen Gewerkvereinen diejenige Stellung in der Arbeiterbewegung und diejenige Achtung und Anerkennung in der Oeffentlichkeit zu verschaffen, die ihnen nach ihrer Geschichte und ihren Grundsätzen gebühren. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer anregenden Diskussion, in der sich sämtliche Redner zustimmend zu den Ausführungen äußerten und versprachen, in dem angegebenen Sinne wirken zu wollen, wurde sodann die Versammlung nach einem anfeuernden Schlußwort des Vortragenden geschlossen. X.

§ **Lauban i. Schl.** Die Gründung eines Ortsvereins der Eisenbahner, mit der man sich auch bei uns in letzter Zeit beschäftigt hat, scheint dem Trierer Verbande arge Beklemmungen zu verursachen. Zum Sonntag, den 15. März, hatte er eine außerordentliche Versammlung einberufen, in der ein Herr Fetting aus Berlin einen Vortrag hielt. Das Thema für diese Versammlung hatte man vorher nicht angegeben. Da aber 6 Kollegen von unserem Ortsverein der Maschinenbauer der Versammlung beiwohnten, wurde uns bald bekannt, daß es sich um einen Schlag gegen die Gewerkvereine handelte. Es muß allerdings dem Referenten nachgesagt werden, daß er sich im allgemeinen sachlich hielt und von gehässigen Angriffen gegen die Gewerkvereine absah. Er konnte es sich jedoch nicht verkneifen, unserer Organisation vorzuwerfen, daß sie ein Anhängsel der Freisinnigen Partei sei, da ja auch der Verbandsvorsitzende Goldschmidt freisinniger Abgeordneter ist. Die richtige Antwort darauf wurde dem Herrn durch die anwesenden Kollegen zuteil. Des weiteren warnte Herr Fetting davor, sich den Gewerkvereinen anzuschließen, da diese ja auch streikten, während der Minister den Eisenbahnern das Recht zu streiken abgesprochen hat. Als Beweis dafür führte er die Rede unseres Kollegen Goldschmidt beim Eisenbahnetat im preußischen Abgeordnetenhause an. Der Herr ist also offenbar sehr verschnupft darauf, daß Kollege Goldschmidt die Interessen der Eisenbahner so energisch im preußischen Abgeordnetenhause vertreten hat. Unter solchen Umständen muß man sich wirklich wundern, wie dem Trierer Verbande noch so viele Leute nachlaufen können. Der Eisenbahner, der wirklich ernstlich seine Lage verbessern will, hat nur eine Möglichkeit, das ist der Anschluß an die Deutschen Gewerkvereine, bezw. an den neugegründeten Gewerkverein der Deutschen Eisenbahner. Derartige Vorträge, wie der des Herrn Fetting, beweisen das am besten. X.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. — **Gewerkvereins-Liedertafel (H.-D.)** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandshause der Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Diskutierklub Moabit.** Sitzung am 27. März fällt aus. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Am 28. 8—10 Uhr Zahlab. b. Radau, Waldstraße 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Am 28., Stettiner Straße 50, Neuwahl des Beisitzers, Fortsetzung der Anträge zum Delegiertentag. Am 1. April Ausschußsitzung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Am 28. 8½ Uhr abends (pünktlich) im Vereinslokal, Brunnenstr. 148. Tagesordnung: Delegiertentagsanträge, Kohlenlieferung, Maskenballabrechnung, Regulatorporto. — **Fabrik- und Handarbeiter II. u. VII.** Am 29. abends 6 Uhr, Hasenheide 52/53, im kleinen Saale des Hofjägerpalast Lichtbildervortrag des Naturheilkundigen Herrn Conradt über Frauenleiden. Eintritt frei. Doch ist derselbe Personen unter 18 Jahren nicht gestattet. Mitglieder aller Gewerkvereine als Gäste willkommen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Am 28. abends 8½ Uhr, im Verbandshaus, Greifswalder Straße 221/223, Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Grünspach: „Was muß der Arbeiter vom Bürgerlichen Gesetzbuch wissen?" — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. u. XII.** Am 25. 8—10½ Uhr abends (pünktlich) Vortragsabend. 1. Der Schutz des Arbeiters in der Industrie und Zweck der Organisationen. 2. Diskussion. 3. Fragen, Aufklärung über Unfallverhältnisse.

Orts- und Medizinalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Schulte-Mattler, Diskutierstunde. — **Aachen** (Diskutierklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Diskutierabend bei Leuchter, Ecke Hansemannplatz u. Jülicherstraße. — **Hamburg** (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poolstraße, Diskutierstunde. — **Spandau** (Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine, H.-D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Gelsenkirchen** (Sängerchor der Deutschen Gewerkvereine). Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Verkehrslokal Pieper (früher Ellerich), Schalker- und Floraftraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — (Diskutierklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwochs, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Behle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden** (Diskutierklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sandlerbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Liegnitz** (Diskutierklub). Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8½ Uhr, im „Prinz von Preußen" statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg** (Diskutierklub). Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vorm. von 10 bis 12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Hagen u. Umg.** (Diskutierklub). Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8½ Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Aachen** (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertretersitzung in Aachen, Jülicherstr. 72, Restaurant „Zur Post". — **Köln** (Diskutierklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping", Elstergasse. — — **Cottbus** (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstr. 120. — **Halle** (Ortsverband). Sonntag, 29. März, nachm. 4 Uhr, im Saale der Börsenhalle, Vers. Vortrag üb. die kommunalen Aufgaben in der Stadt Halle. Referent Herr Dr. Rathje. Hierauf andere wichtige Angelegenheiten.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.

Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Handbuch für die Vereinsvorstände und Mitglieder des deutschen Werkmeister-Verbandes für das Jahr 1908. XVII. Jahrgang. Verlag der Werkmeisterbuchhandlung in Düsseldorf.

Satzungen des deutschen Werkmeister-Verbandes. Verlag des deutschen Werkmeister-Verbandes in Düsseldorf.

Schriften des deutschen Werkmeister-Verbandes. Heft I. Die staatliche Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangestellten. — Heft II. Ziele und Erfolge des Werkmeister-Verbandes von Dr. Heinz Potthoff. — Heft III. Amtliche Denkschrift über die wirtschaftliche Lage und die Pensionsversicherung der Privatangestellten. — Heft IV. Kraftübertragung im Fabrikbetriebe. — Heft V. Vor der Entscheidung. 27 Gutachten zur Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten. — Heft VI. Heizungsanlagen. Von Heinr. Hesse. Preis 50 Pfg. Verlag der Werkmeister-Buchhandlung in Düsseldorf.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Potsdam (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk bei den Ortsvereinskassierern oder bei O. Killmey, Französischestr. 8.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Taube, Schuhmachermeister, Leipzigerstr 94, im Hof.

Hamburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterstützung. Bons beim Kassierer Sellmann, Hamburg, Großer Bäckergang 11, Haus 5.

Schramberg (Ortsverb.). Für Durchreisende Kollegen 70 Pfennige Unterstützung zahlt der Kassierer Robert Egenter, Schramberg, Schillerstr. 105.

Ueckermünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten bei Otto Ganschow, Ueckermünde, Wallstr. 12 und Böttke, Torgelow, Matzenbruchstr. 5.

Cöln und Mülheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerkvereinsbureau, Severinstr. 113 I.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

Frauen-Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. ✤ Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.

Versicherter Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.

Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.

Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Vom Verbandsbureau zu beziehen:

Sozialdemokratie und Arbeiterschaft

von Dr. jur. Richard Freund

Preis 30 Pf.

Ein für die Agitation nicht entbehrliches Hilfsmittel!

Verband der Deutschen Gewerkvereine

(Hirsch-Duncker).

In unserem Verlage ist erschienen:

Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksfreunde

von

Karl Goldschmidt,

Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Die Schrift faßt die im „Gewerkverein" erschienenen Artikel zusammen. Jeder Gewerkvereiner sollte das Büchelchen jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Der Betrag ist bei der Bestellung einzusenden an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23. Bei Nichteinsendung des Betrages wird derselbe durch Nachnahme erhoben. Die Sendung erfolgt porto- bezw. frachtfrei.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Druck und Verlag: Goedecke & Gallinek, Berlin W., Potsdamerstraße 110.